



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Habersaat (SPD)

und Antwort

der Landesregierung - Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)

DialogP vor den Bundestagswahlen

Vorbemerkung des Fragestellers:

DialogP ist ein handlungsorientiertes Unterrichtskonzept zur politischen Bildung. Das Projekt soll Verständnis und Wissen über die Arbeits- und Funktionsweise des Parlaments vermitteln, den Dialog zwischen Jugend und Politik fördern und Jugendliche zur Auseinandersetzung mit politischen Themen anregen. Ende Dezember 2024 wurden die dialogP-Termine in Schleswig-Holstein bis zum Bundestagswahlsonntag am 23.02.2025 abgesagt; spätere Termine bleiben bestehen.

Vorbemerkung der Landesregierung:

DialogP ist ein Angebot des Vereins Kumulus e.V. (www.kumulus.de), der Träger des Projektes ist und als gemeinnütziger, überparteilicher Verein seinen Sitz in Berlin hat. Der Verein organisiert Foren mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweils im Landtag vertretenen Parteien. Landtagsabgeordnete diskutieren an Thementischen mit den aus Schülerinnen und Schülern bestehenden „Expertengruppen“ zu verschiedenen landespolitischen Themen. Die Landesregierung hält dieses Format für wichtig. Daher wurden die Termine - anders als in der Vorbemerkung dieser Kleinen Anfrage

dargestellt - nicht abgesagt, sondern verschoben. Die betroffenen Schulen haben Vorschläge für Ersatztermine erhalten.

1. Wann hat die Landesregierung entschieden, dass vor den Bundestagswahlen 2025 keine dialogP-Veranstaltungen in Schleswig-Holstein stattfinden können?

Antwort:

Die Entscheidung hat das MBWFK am 17. Dezember 2024 getroffen.

2. Warum hat die Landesregierung so entschieden?

Antwort:

In der sog. „heißen Wahlkampfphase“, also sechs Wochen vor der Bundestagswahl sind wegen des verfassungsrechtlich verankerten Grundsatzes der Chancengleichheit der Parteien (Art. 3 i.V.m. Art. 21 i.V.m. Art. 38 Grundgesetz, § 5 Parteiengesetz) besondere Regelungen für Veranstaltungen in Schulen mit politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zu beachten. Der Erlass zur politischen Bildung des Ministeriums vom 6. Juli 2016 trifft u.a. unter Ziff. 3.a folgende Regelung: *„Es soll jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der in der Vertretungskörperschaft repräsentierten Parteien sowie bei Landtags- und Bundestagswahlen jeweils auch eine Vertreterin oder ein Vertreter der Parteien, die sehr wahrscheinlich neu in das Parlament gewählt werden (Wahlkandidaten/-innen), Gelegenheit zur Teilnahme an der Podiumsdiskussion erhalten.“*

Die Durchführung des Veranstaltungsformats dialogP, an welchem programmgemäß nur im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretene Fraktionen beteiligt sind, wäre in der sog. „heißen Wahlkampfphase“ daher nur dann möglich, wenn Abgeordnete mit Schülerinnen und Schülern weder über die Bundestagswahl noch mit dieser zusammenhängenden Themen näher sprechen würden. Um das Veranstaltungsformat dialogP und die Schulen vor Ort jedoch nicht mit sicher zu erwartender Kritik und rechtlichen Prozessrisiken zu belasten, ist es aus Sicht der Schulaufsicht angezeigt, die dialogP-Veranstaltungen in Schleswig-Holstein erst nach der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 fortzusetzen.

Mit einem Schreiben vom 6. Januar 2025 sind die Schulen auf die am 13. Januar 2025 beginnende sechswöchige Frist, den geltenden Erlass zur politischen Bildung in Schulen (<https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/S/schulrecht/Down->

[loads/Erlasse/Downloads/Politische_Bildung_in_Schulen.pdf?_blob=publication-File&v=2](#)) und die dort enthaltene Anzeigepflicht von Veranstaltungen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern (Podiumsdiskussionen, Worldcafé etc.) hingewiesen worden. Sie haben zur Unterstützung außerdem ein Formblatt für diese Anzeige erhalten. Mit diesem und dem als Anlage beigefügtem Schreiben vom 14. Januar 2025 unterstützt das MBWFK die Schulen dabei, ihrer wichtigen Rolle im Vorfeld der Bundestagswahl nachzukommen.

3. Können dialogP-Veranstaltungen nach Kenntnis der Landesregierung in anderen Bundesländern stattfinden?

Antwort:

Ja, je nach Ausgestaltung des Programms.

4. Auf welche alternativen Veranstaltungen, Projekte o.Ä. können Schulen zurückgreifen, um die oben genannten Ziele des Projekts auch bis zur Bundestagswahl zu erfüllen?

Antwort:

Die Schulen wurden mit Schreiben vom 14. Januar 2025 (vgl. Anlage) über verschiedene Angebote informiert.

5. Plant die Landesregierung eine Novellierung des Erlasses zur politischen Bildung in Schulen vom 6. Juli 2016? Falls ja: in welchem Zeitraum und mit welchen Neuerungen?

Antwort:

Es wird laufend geprüft, ob geltende Erlasse angepasst werden müssen. Nach der Bundestagswahl im Februar 2025 wird das MBWFK auswerten, ob der Erlass zur politischen Bildung in Schulen angepasst werden muss.

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur | Postfach 71 24 | 24171 Kiel

Ministerin

An
weiterführende Schulen und berufliche
Schulen des Landes Schleswig-Holstein

Januar 2025

Bundestagswahl 2025

Sehr geehrte Schulleitungen,
liebe Lehrkräfte,

unsere Demokratie wird von autoritärem Denken und antidemokratischen Tendenzen weltweit bedroht. Das stellt nicht nur eine Herausforderung für unsere Gesellschaft dar, sondern auch für unsere Bildungseinrichtungen, die eine zentrale Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen spielen. Gerade vor der anstehenden Bundestagswahl kommt den Schulen in unserem Land eine besondere Rolle zu. Sie können den Rahmen bieten, um den fairen Wettstreit demokratischer Ideen zu ermöglichen, der an vielen Orten, vor allem im Internet, so nicht mehr möglich ist. Erstwählerinnen und Erstwähler stehen aufgrund des kurzfristig anberaumten Wahltermines vor einer wichtigen Entscheidung.

Als Pädagoginnen und Pädagogen haben Sie die Aufgabe, unseren Schülerinnen und Schülern nicht nur die Grundlagen der Demokratie und des Wahlsystems zu erklären, sondern sie auch dazu zu befähigen, kritisch zu denken und sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen, um eine fundierte Wahlentscheidung zu treffen.

Besonders junge Menschen sind durch die sozialen Medien enormen Einflüssen auch von Extremisten ausgesetzt. Digitale Plattformen können sowohl als Werkzeug der Information als auch der Desinformation fungieren. Daher ist es unerlässlich, dass wir in unseren Schulen Medienkompetenz fördern und den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeiten vermitteln, Informationen kritisch zu hinterfragen und eigene Standpunkte zu entwickeln.

Die Zeit vor der Bundestagswahl ist ein wichtiger Anlass, über das politische System, unser Wahlrecht und unseren Rechtsstaat zu informieren und über grundsätzliche und aktuelle Fragen politische Meinungsbildung an den Schulen zu ermöglichen. Dazu möchte ich Sie ganz nachdrücklich auffordern und Ihnen unsere Unterstützungsangebote sowie weitere Anregungen unterbreiten. Bereits geplante Diskussionsformate, die angesichts der sog. heißen Wahlkampfphase nicht mehr als „dialogP“-Veranstaltung nur mit den Parteien der im Landtag vertretenen Fraktionen stattfinden können, sollten Sie aktiv nutzen, um eine Diskussion zur Bundestagswahl zu ermöglichen.

- Alle Schulen können und sollten Diskussionsveranstaltungen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern organisieren. Ihnen wurde bereits am 6. Januar ein Formblatt von der Schulabteilung zugesandt, das Sie nutzen können, wenn Sie Veranstaltungen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern der Bundestagskandidaten gemäß dem Erlass vom 6. Juli 2016 https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/S/schulrecht/Downloads/Erlasse/Downloads/Politische_Bildung_in_Schulen.pdf?blob=publicationFile&v=2 (Podiumsdiskussionen, Worldcafé etc.) planen. Der direkte Kontakt mit realen Politikerinnen und Politikern bietet den Schülerinnen und Schülern eine wertvolle Ergänzung zur digitalen Welt und ist von besonderer Bedeutung für ihr Verständnis von Demokratie und politischer Mitgestaltung.
- Lehrkräfte können darüber hinaus mit ihren Schülerinnen und Schülern an der Juniorwahl teilnehmen. Die Juniorwahl ist eine realistische Simulation, bei der Schülerinnen und Schüler erste eigene Erfahrungen mit demokratischen Wahlen machen können. Hierbei diskutieren die Jugendlichen mit ihren Lehrkräften im Unterricht über die Themen „Wahlen“ und „Demokratie“. Die Schulen erhalten dafür umfangreiches Unterrichtsmaterial und Weiterbildungsangebote (<https://www.juniorwahl.de/bundestagswahl>)
- Unsere rechtsstaatliche Demokratie ist eine hoch komplexe Staatsform. Mit dem Projekt Recht.Staat.Bildung. wollen die schleswig-holsteinische Justiz und das Justizministerium dabei helfen zu verstehen, was es heißt, in einem Rechtsstaat zu leben. Es ist ein landesweites Angebot für alle Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse, das Sie auch über die Bundestagswahl hinaus nutzen können und so die Wichtigkeit des Rechtsstaat Ihren Schülerinnen und Schülern darstellen können [schleswig-holstein.de - Recht.Staat.Bildung](https://www.schleswig-holstein.de - Recht.Staat.Bildung).
- Das GeWi-Cluster des Landesprogramms ‚Zukunft Schule im digitalen Zeitalter‘ (CAU, EUF, IQSH) startet eine Online-Veranstaltungsreihe für Lehrkräfte und Lehramtsstudierende "Wahlkampf im digitalen Zeitalter" (alle Schularten). <https://www.gewi.uni-kiel.de/de/wahlkampf-im-digitalen-zeitalter-online-fortbildungsreihe-2025>
- Auf der Seite des Landesbeauftragten für politische Bildung gibt es weitere Angebote, die Sie nutzen können: <https://www.politische-bildung.sh/btw25>

- Folgende Seiten im Internet bieten Ihnen ebenfalls kostenlose Unterrichtsangebote:
 - [Bundestagswahlen | Themen | bpb.de](https://www.bpb.de)
 - [Bundestagswahl 2025 - Arbeitsblätter, Wahl-O-Mat und weitere Unterrichtsmaterialien - \[Deutscher Bildungsserver \]](#)
 - <https://gewi-im-unterricht.de/bundestagswahl-2025-kostenlose-unterrichtsmaterialien/>
 - Weitere Angebote und nähere Erläuterungen zum Thema Demokratiebildung finden Sie auf der Seite des Fachportals: [Demokratiebildung - IQSH Fachportal](#)

Für die Zeit nach der Wahl möchte ich Ihnen das Angebot für Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern im Rahmen des EU-Projekttagbesonders ans Herz legen.
[EU-Projekttag - IQSH Fachportal](#)

Mit freundlichen Grüßen



Karin Prien